



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner 2016

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Prüfung zur Herstellung von nachhaltig nutzbaren Wohneinheiten in Holzbauweise für AsylwerberInnen in der Landeshauptstadt Graz

In unserem Stadtgebiet werden wir wie viele andere Gemeinden in der Steiermark und in Österreich auch, sehr wahrscheinlich weiterhin mittlere bis größere Zahlen von AsylwerberInnen in der Grundversorgung aufnehmen und mit Wohnmöglichkeiten zu versorgen haben. Die Möglichkeiten, qualitätsvolle Unterkünfte für AsylwerberInnen in der Grundversorgung in einer wachsenden Stadt in Verhandlung mit Privaten zu finden, sind begrenzt, jedenfalls aber mühevoll und langwierig.

Massenunterkünfte, etwa in aufgelassenen Baumärkten oder ähnlich ungeeigneten Objekten, lösen Unmut in der Bevölkerung oder gar Probleme innerhalb der so ´nur Untergebrachten´ statt Wohnversorgten aus. Solche Unterkünfte bieten keinerlei Qualität, sie bieten einzig und allein ein Dach über dem Kopf - mit abgehängtem Blickschutz zwischen den einzelnen Familien. Wir meinen, es wird in diesem Hause Einigkeit herrschen, dass so etwas ist einem der am meisten prosperierenden Staaten in der EU als Dauerlösung unwürdig ist.

Vergleichbares ist zu den am Markt angebotenen Stahl-Containern zu sagen, die nun bekanntlich lt. den bisher spärlichen Informationen des Bundesministeriums für Inneres im Bereich der Kirchner-Kaserne im Stadtbezirk Jakomini zum Einsatz kommen sollen. Fakt ist, weder eignen sich Stahl-Container wirklich für eine teilweise über Monate gehende Unterbringung, noch sind diese Container länger als ca. zwei Jahre nutzbar. Danach müssen sie, so die Meinung von ExpertInnen, zum Schrottwert entsorgt werden. Zudem steigen die Kosten für Kauf oder Anmietung aufgrund der Nachfrage bereits jetzt und es kommen in der kälteren Zeit im Vergleich recht hohe Heizkosten hinzu.

Eine gemeinnützigen Organisation, die führend in der Betreuung von Schutzbedürftigen tätig ist, hat eine kürzlich fertig gestellte Studie in ihren Händen, die die Möglichkeiten für sowohl preisgünstige, als

auch für qualitätsvolle und nachhaltig verwendbare Wohnmodule aufzeigt, die zudem auch energietechnisch viel bessere Werte als jede Container-Lösung aufweisen. Es handelt sich dabei um eine Modul-Holzbautechnik, die unterschiedlich große Wohneinheiten, je nach Anforderungen der Untergebrachten - Familien, Alleinstehende oder unbegleitete Minderjährige - ermöglicht. Durch Materialqualität, durch eine qualitativ hochwertige Bauweise und durch einen nachhaltigen planerischen Ansatz dieser Holzbau-Module können diese zu einem späteren Zeitpunkt auch in einem dauerhaften Wohnungsprojekt mitverbaut werden, z.B. in einem von der Stadt geplanten Gemeindewohnbauprojekt (vielleicht in einem Fall am Ende sogar am selben Ort, im Bereich der Kirchner-Kaserne), oder selbstverständlich auch durch eine private bzw. genossenschaftliche BauträgerIn.

Schließlich ist der Baustoff Holz, der mittlerweile im Wohnbau bekanntlich immer häufiger eingesetzt wird, ein Baustoff der hervorragende natürliche Dämmeigenschaften mitbringt, der nicht importiert werden muss und der im Gegensatz zum Stahl-Container später weiterverwendet werden kann (und soll).

Was es neben dieser oder einer vergleichbaren Modulbautechnik natürlich auch braucht, sind geeignete Grundstücke, wo derzeit entweder keine Absicht besteht, sie zu bebauen, oder die aktuell nicht in eine der Widmungskategorien für Wohnen fallen. Darüber hinaus ist es erforderlich, Bauträger als PartnerInnen für die Entwicklung zu finden und - neben den relevanten Stellen in Bund und Land Steiermark - karitative Organisationen zur Betreuung der Wohneinheiten an Bord zu holen.

Das strategische Ziel der Stadt Graz sowie aller vorhin genannten Beteiligten sollte es sein, kleinere und mittlere Wohnprojekte - anstatt von Großprojekten - zu entwickeln, um eine optimale Betreuung einerseits und eine gute Akzeptanz der Bevölkerung andererseits nicht von vorne herein zu erschweren. Dass die Standorte über das gesamte Stadtgebiet möglichst gut verteilt werden sollen, ist nicht nur aus sozialen sondern auch aus bildungspolitischen und stadtplanerischen Gründen mehr als nur zu empfehlen.

Solche Projekte brauchen Vorlauf, es braucht eine Strategie und Verhandlungsgeschick sowie - aufgrund aufgesplitterter Zuständigkeiten in der Stadt aber auch darüber hinaus - viel Netzwerkarbeit und es braucht ein klares Bekenntnis: Graz als Stadt der Menschenrechte will keine Dauerunterkünfte in Baumärkten, Fabrikgebäuden oder ähnlichen ungeeigneten Gebäuden und wir wollen auch keine Dauer-Unterbringung in Wohncontainern. Graz will Willkommenskultur und Herzlichkeit auf vielen Ebenen leben - auch und gerade in der Wohnversorgung von AsylwerberInnen in der Grundversorgung.



In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Die zuständige Wohnungsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, mit den ExpertInnen des Wohnungsamtes, des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“ sowie mit allen anderen relevanten Abteilungen, Ämtern und Gesellschaften im Haus Graz in Kontakt zu treten, um eine Strategie und einen Zeitplan zur Beschaffung von qualitativvollen und nachhaltig nutzbaren Übergangwohnraumeinheiten in ausreichender Anzahl für AsylwerberInnen in der Grundversorgung im Sinne des Motivenberichts zu entwickeln.
2. Stadträtin Elke Kahr wird überdies beauftragt, mit den zuständigen Stellen in Bund und Land Steiermark, mit Organisationen, die in der Wohnbetreuung von AsylwerberInnen tätig sind, mit der städtischen Abteilung für Immobilien und mit der GBG sowie schließlich mit der SIVBEG bzgl. der Kirchner-Kaserne und den privaten und genossenschaftlichen Bauträgern in Kontakt zu treten, um potentiell mögliche Grundstücke für die Errichtung von kleineren und mittleren Wohneinheiten in ausreichender Anzahl auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Graz festzulegen.
3. Wohnungsstadträtin Elke wird schließlich ersucht, bis April 2016 dem Gemeinderat über die vorgeschlagene Strategie zur Beschaffung und über die Fortschritte im Findungsprozess der notwendigen PartnerInnen (d.h. mit den zuständigen Stellen im Bund bzw. beim Land Steiermark, mit Gemeinnützigen Organisationen, mit der SIVBEG hinsichtlich der Kirchner-Kaserne sowie mit relevanten privaten und genossenschaftlichen Bauträgern) für die Errichtung von qualitativvollen und nachhaltig nutzbaren Übergangwohnraumeinheiten einen Informationsbericht vorzulegen.